

# Gezanke um Wohnbauförderung

Die CDU-Fraktion bringt die Lüneburger Kreisverwaltung mit einem Antrag im Wirtschaftsausschuss in Erklärungsnöte

VON DENNIS THOMAS

Lüneburg. Das große Streitthema Kreissiedlungsgesellschaft nahm der Wirtschaftsausschuss des Kreistags bei seiner jüngsten Sitzung zwar kurzerhand von der Tagesordnung, für Zwist reichte es dennoch: Denn, was in der Sache blieb, war ein Antrag der CDU-Fraktion, die Wohnbauförderung im Landkreis Lüneburg mit einem eigenen Programm neu anzuschließen und dafür im ersten Aufschlag 200.000 Euro bereitzustellen.

Die Grundidee fand bei den Fraktionen durchaus Anklang. Nur nicht bei der Spitze der Lüneburger Kreisverwaltung: Während Kreisrätin Sigrid Vossers ein ums andere Mal erklärte, nicht genügend Personal in der Baubehörde zu haben, um eigene Förderrichtlinien zu erarbeiten und umzusetzen, verwahrte sich Landrat Manfred Nahrstedt (SPD) dagegen, „die Arbeit für die Kommunen zu erledigen“. Günter Dubber (CDU): „Ich spüre hier den Unwillen durch die Gänge schleichen.“

Ziel des CDU-Vorschlags ist es, die Entwicklung von bezahlbaren Wohnmöglichkeiten im ländlichen Raum stärker zu fördern. „Es geht um den bedarfsgerechten Raum zum Wohnen und Arbeiten zu günstigen Preisen in attraktiven Dörfern“, heißt es im Antrag. Damit solle nicht zuletzt „der hohe Druck auf die städtischen Bereiche“ gemindert werden. Dabei solle der Kreis, so die CDU-Idee, Dorfentwicklungsmaßnahmen unterstützen und zwar auch in jenen Gemeinden, die es nicht in entsprechende Förderprogramme des Landes geschafft haben.

Gefördert werden sollten beispielsweise die Umnutzung und Anpassung alter Resthöfe bis hin zur Schaffung von Mehrgenerationenhäusern. Unterstützung sollten demnach Gemeinden wie

Privatpersonen erhalten können. Als Anregung für eine eigene Förderrichtlinie legte die CDU-Fraktion eine Liste bestehender Wohnbauförderprogramme vor.

Landrat Manfred Nahrstedt reagierte wie Kreisrätin Sigrid Vossers mit Unverständnis. Daraufhin erklärte Dubber: „Im Prinzip wollen wir ein eigenes Dorferneuerungsprogramm und niedrigschwellig.“ Denn: „Es gibt in vielen unserer Dörfer ortsbildprägende Gebäude, die mithilfe einer neuen Nutzung erhalten werden könnten.“ Vossers bezeichnete den Aufwand dafür als zu groß, doch Dubber sagte, er sei „hoffnungslos begeistert, dass die Kreisverwaltung das schafft“. Erster Kreisrat Jürgen Krumböhrer hielt ebenfalls dagegen, es sei nicht sinnvoll, mit



„Ich spüre hier den Unwillen durch die Gänge schleichen.“

Günter Dubber  
CDU-Kreistagsabgeordneter

Kreismitteln in Konkurrenz zu anderen staatlichen Programmen zu treten. Und Ausschussmitglied Wolfgang Marten (SPD) fand es „falsch, das hier bei der Verwaltung abzuladen“. Verständnis zeigte dafür auch Harald Subke (AfD).

Unterstützung für den CDU-Antrag signalisierten im Grundsatz hingegen Petra Kruse-Runge (Grüne) und Berni Wiemann (FDP). Ebenso Christoph Podstawa (Linke), der etwas resigniert nachschob: „Unser Traum wäre es, wenn eine Kreissiedlungsgesellschaft diese Rolle übernehmen würde.“ Schließlich startete Kreisrätin Vossers einen letzten Abwehrversuch des CDU-Antrags: „Wir können das nicht leisten. Ich muss das alles selber machen und habe noch ein Bauamt zu leiten.“ Und: „Sie unterschätzen das. Wir können uns nicht einfach eine Richtlinie stricken, mit der wir rechtssicher arbeiten können.“ Wenn die Politik aber darauf bestehe, müsse ihr bewusst sein, „dass wir dann mehr Personal brauchen“.

Im Sinne einer gemeinsamen Lösung sah Dubber für die CDU-Fraktion davon ab, sofort über den Antrag abstimmen zu lassen, „auch wenn gerade absehbar ist, dass wir eine Mehrheit hätten“. Dubber forderte die Kreisverwaltung auf, „auf Basis einer bestehenden Richtlinie“ einen Vorschlag zu erarbeiten, der als spätere Diskussionsgrundlage dienen soll.

## RÜCKBLICK

### Zeitenwende in der Siedlungspolitik

**Auf die Wohnungsmarkt-Krise in der Region** wollte der Kreis Lüneburg reagieren und veranstaltete mehrere Wohnbaukonferenzen. Ein Ergebnis: Eine Kreissiedlungsgesellschaft (KSG) sollte gegründet werden, die gezielt bezahlbaren Wohnraum fördert, vor allem in den stark nachgefragten Kreis-Kommunen rund um die Stadt Lüneburg, die ihrerseits ein Förderprojekt aufgelegt hat. „Ich glaube, wir sind gerade noch recht-

zeitig eingestiegen, bevor sich die Krise richtig zuspitzt“, sagte Lüneburgs Landrat Manfred Nahrstedt – im März 2016. Der Kreistag beschloss im Juni 2016, eine halbe Million Euro als Anschubfinanzierung für eine KSG bereitzustellen, ab 2018 sollte eine weitere halbe Million Euro jährlich fließen. Das Geld ist da, nur die KSG fehlt. Über Monate hatte sich Lüneburgs Kreisrätin Sigrid Vossers abgemüht, die KSG auf die Beine zu-

stellen, hatte aber auf die Initiative der Kommunen gewartet, um ein Pilotprojekt umzusetzen. Die Kommunen hingegen warteten vergeblich darauf, dass die KSG vom Landkreis tatsächlich mit Kapital ausgestattet wird. Zuletzt lag jetzt ein Antrag der Linken-Kreistagsfraktion vor, die KSG in Kooperation mit der Sparkasse Lüneburg zu initiieren. Er wurde jetzt beim Wirtschaftsausschuss zurückgestellt. *dth*